

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Beleglohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 30 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.50 M., bei Planvordruckt 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Kellame-Kolonelleile 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721, Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bevorstehende Besetzung des Ruhrgebiets?

Die Verantwortung Bayerns.

Stuttgart, 18. November. (U.) Das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei, das Deutsche Volksblatt in Stuttgart, veröffentlicht einen Artikel, in welchem auf Grund zuverlässiger Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen festgestellt wird, daß die Entente einmütig beschlossen habe, die im Abkommen von Spa angeordnete Besetzung des Ruhrgebiets unverzüglich zu vollziehen, wenn Bayern auf der Nichtablieferung der Militärwaffen und der Verhinderung der Einwohnerverwehren weiterhin beharre. In diesem Beschlusse, dem auch England, Italien und Amerika zugestimmt haben, sei nicht mehr zu rütteln und auch eine Veränderung nicht mehr zu erreichen. Ganz unabwendbar stehe heute fest, daß das Verhalten der bayerischen Regierung auf dem seither eingenommenen Standpunkte in der Frage der Einwohnerverwehren und der Waffenablieferung zur Besetzung des Ruhrgebiets führe.

Die Quelle dieser Meldung verdient besondere Bedeutung. Die württembergische Zentrumspartei steht der Bayerischen Volkspartei sehr nahe und wird eine solche Nachricht nur veröffentlicht haben, wenn sie dafür einen sehr guten Grund zu haben glaubt. Wir haben hier also zweifellos mehr als eine bloße Sensationsmeldung vor uns. Die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebiets mit all seinen verheerenden Folgen für Deutschland ist offenbar in gefährlicher Nähe gerückt.

Nachdem die Entente in klarer Weise die Auflösung der bayerischen Einwohnerverwehren gefordert hat, war die innere Wahrscheinlichkeit für einen solchen Beschluß gegeben. Die bayerische Regierung und die bayrischen reaktionären Parteien könnten seit Wochen nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß sie mit Deutschlands Existenz spielen, wenn sie sich der Entwaffnung und der Auflösung der Einwohnerverwehren weiter widersetzen. Daß auch die letzte Hoffnung auf eine Sinnesänderung der Entente eitel war, zeigt das württembergische Blatt. Wenn also die vielgerühmte Reichstreue Bayerns so über allen Zweifel erhaben wäre, wie der Ministerpräsident von Ruhr das immer wieder behauptet, so müßte die bayerische Regierung schleunigst mit der Aufforderung an die Einwohnerverwehren hervortreten, ihre Waffen abzugeben und ihre Auflösung vorzunehmen.

Tut sie es nicht, so gewinnt der starke Verdacht neuen Boden, daß sie ein abgekartetes Spiel mit Frankreich spielt. Daß sie bewußt auf die Zerstückelung des Reiches hinarbeitet, um das neue Mittelsächsische Reich an der Donau auszurichten. Die Kohlenlieferung an Bayern aus dem Ruhrgebiet würde nach diesem Plana durch französische Bajonette sichergestellt werden. Die Bergarbeiter Rheinlands-Westfalens werden als schreiend als willenlos Sklaven in diese Rechnung eingerechnet. Sie dürften indes einen großen Strich durch die Kalkulation machen.

Die deutsche Reichsregierung wird nun aber endlich das Wort zu diesen Dingen nehmen müssen. Das Schweigen der Herren Fehrenbach und Simons über diese brennende Frage zerstört nicht nur ihr letztes Ansehen, sondern ist jetzt auch ein Vergehen an ihrer elementarsten Pflicht. Der Regierung muß vom Reichstage der Mund geöffnet werden. Und die deutsche Arbeiterklasse hat sich bereitzuhalten, um trotz ihrer beklagenswerten Zersplitterung die Einheit des Reiches gegen reaktionäre Zertrümmerungsgefühle zu verteidigen.

Die Auflösung der Tiroler Einwohnerwehren gefordert.

Wien, 18. November. Wie die Arbeiterzeitung meldet, hat General Jucari im Namen der internationalen Kommission der österreichischen Staatssekretäre des Innern, Dr. Mauer, auf das Verlangen der Heimatwehren in Tirol aufmerksam gemacht und ihm erklärt, daß wenn die Heimatwehren nicht abgebaut würden und das große Landesgebiet nicht abgebaut würde, die internationalisierte Kommission genötigt sein könnte, die Wehrbefestigungen für Österreich einzustellen. Der Staatssekretär soll diesen Protest an die Tiroler Landesregierung mit dem Bemerkten weitergeleitet haben, daß die österreichische Staatsregierung wünscht, daß das Schießen unterbleibe.

Der Nationalitätenkampf in Böhmen.

Berlin, 18. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Prag finden seit einigen Tagen große Demonstrationen der tschechischen Legionäre, gegen die Deutschen und die Juden statt. Der Anlaß, der Kampf um das Kaiser-Josef-Denkmal in Eger, ist inzwischen fast vergessen worden. Die Theater sind von tschechischen Truppen besetzt worden, alle Zeitungen zerstört. Die Ausschreitungen haben inzwischen bereits einen putzschächtlichen Charakter angenommen, der gegen Masaryk gerichtet ist. Bei den Demonstrationen hört man nach der böhmischen Zeitung öfter die Rufe: Hoch Masaryk!, der ein alter Deutschenfeind ist und als Antipode von Masaryk gilt. Die Stellung des Ministerpräsidenten Czerny ist infolge seiner schwächlichen Stellung gegen die Exzesse erschüttert. — Die Demonstranten haben es auf deutsche und jüdische Geschäfte abgesehen. Bezeichnend für die Uebermacht der Tumult-

uanten ist es, daß der Ministerpräsident die für heute angelegte Programmklärung gegen die Demonstranten abgelehnt hat. Vor Beginn der Kammerführung forderte eine Abordnung von Offizieren die Herausgabe eines deutschnationalen Abgeordneten. Im Deutschen Landestheater, das vorgestern von den Massen besetzt worden ist, wurde bereits heute abend vom Opernensemble vom Tschechischen Nationaltheater tschechisch gespielt; ein Beweis, daß Polizei und Staat gegen diese nationalitätlichen Exzesse vollkommen machtlos sind. Die deutschen Studenten müssen Prag zum Teil fluchtartig verlassen. — Auch in Pilsen soll es zu Kundgebungen gegen die Deutschen, in Neichenberg und Teplitz zu Kundgebungen gegen die Tschechen gekommen sein. Masaryk sucht nach wie vor zu vermitteln. Doch zeigt es sich immer mehr, daß die tschecho-slowakische Republik die Wiederkehr der österreichisch-ungarischen Monarchie im Kleinen ist, daß in dieser jungen Republik die nationalen Gegensätze infolge der Unterdrückungspolitik der Tschechen und des Verhaltens der Entente immer neue Konflikte hervorrufen.

Prag, 16. November. Die Bohemia meldet aus Eger: Als in der Bahnhofstraße eine Gruppe von etwa 20 Offizieren, unter denen sich auch sechs Franzosen befanden haben sollen, erschien, stimmte die Menge die Wacht am Rhein an, worauf ein Offizier mit Handgranaten drohte. Einige Offiziere haben Schüsse ab und waren zwei Handgranaten, durch welche fünf Personen leicht verletzt wurden.

Prag, 18. November. (U.) Obwohl die Zeitungen nach den Zusammenstößen vom Dienstag die Bevölkerung ermahnten, sich weiterer Ausschreitungen zu enthalten, kam es gestern nachmittags vor dem Parlament doch wieder zu großen deutschfeindlichen Kundgebungen. Dort hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die die Auslieferung des Abgeordneten Vaccara verlangte, der die tschechischen Legionäre im Budgetausschuß als Lausbuben bezeichnet hatte. Zwischen der Polizei und den Demonstranten kam es zu einem Zusammenstoß, wobei es wieder auf beiden Seiten Opfer gab. Zwei Schutzeleute sollen von der Menge erschlagen worden sein.

Wie das hiesige tschecho-slowakische Konsulat mitteilt, sollen die verbreiteten Meldungen über die Vorgänge in Prag stark aufgebauscht sein. Nach amtlichen Mitteilungen aus Prag soll dort vollständige Ruhe herrschen.

Um das englisch-russische Handelsabkommen

London, 16. November. Nach einer Reutersmeldung tritt der Aktionsrat britischer Arbeiter in einem Aufrufe für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ein, die bisher aus politischen Erwägungen hingenommen worden sei. Er erwartet von der Wiederaufnahme ein Sinken der Preise und die Wöndung der Kohlenkrise. Daily Chronicle zufolge wird das englische Kabinett in dieser Woche über den Entwurf des Handelsabkommens beraten. Laut Daily Mail befehlen innerhalb des Kabinetts ernste Meinungsverschiedenheiten über diese Frage. Lloyd George, Bonar Law, Horne und die meisten liberalen Mitglieder leiten für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, Churchill und Chamberlain leiten dagegen. Diese verlangten Rückkäufe bezüglich der Bezahlung der russischen Staatsanleihen. — Daily Herald erwartet, daß infolge der Meinungsverschiedenheiten, die im englischen Kabinett bezüglich des Entwurfs eines Handelsabkommens mit Sowjetrußland herrschen, mehrere Minister zurücktreten werden.

Serbische Kundgebungen gegen das italienisch-jugoslawische Abkommen.

Wien, 16. November. Nach Wiener Blättern wurde in Belgrad nach Protestveranstaltungen gegen den Vertrag von Santa Margherita der Ministerpalast von einer mehr als tausendköpfigen Menge angegriffen und vielfach beschädigt. Ein Zug gegen die italienische Gesandtschaft wurde durch Militär verhindert. Dabei wurden mehrere Schüsse abgegeben und fünf Personen schwer verletzt.

Belgrad, 16. November. (Südslawisches Pressebureau.) Die Meldung über die Verständigung von Santa Margherita sowie das neue italienisch-jugoslawische Bündnis hat in Belgrad große Erregung hervorgerufen. Die politischen Kreise sind bestürzt. Die albanische Jugend veranstaltete Protestkundgebungen. In Dairah, Ugram und in slowenischen Städten fanden gleichfalls Protestkundgebungen gegen das Abkommen von Rapallo statt. In den Verhandlungen wurde erklärt, daß das jugoslawische Volk diese Abmachungen niemals anerkennen werde.

Das Ergebnis der italienischen Gemeindevahlen.

Rom, 18. November. (U.) Nach dem offiziellen Ergebnis der Gemeindevahlen in Italien haben von 7633 Gemeinden die konstitutionellen Gruppen in 4116, die Volkspartei in 1412 und die Sozialdemokraten in 2105 Gemeinden die Mehrheit erhalten.

Rom, 17. November. Die Kammer hat die ersten Artikel des neuen Gesetzes über die Gemeindevahlen angenommen, durch das bei diesen die Verhältniswahl eingeführt wird.

Die bayrische Reaktion verlangt neue Opfer.

München, 18. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Ueber die Ausschleierung Max Reubens, dem neben Hochverrat auch die Mithschuld am Mündener Geleitemord zur Last gelegt wird, ist noch keine Entscheidung der österreichischen Regierung ergangen. Die bayrische Staatsregierung hat deshalb kürzlich beim Auswärtigen Amt in Berlin gegen diese inhaltlose Behandlung ihres Antrags auf Auslieferung durch die österreichische Regierung Verwahrung eingelegt und dieses erklärt, bei der österreichischen Regierung auf unverzügliche Erledigung des Antrages nachdrücklich zu dringen.

Der englische Kohlenstreik und seine Folgen.

Dr. B. H. Der große Streik der englischen Bergarbeiter ist vorläufig beendet. Der Kampf wurde um eine Lohnerhöhung geführt (zwei Schilling pro Schicht, d. h. wöchentlich 10 Schilling; eine bestehende Forderung, welche nur die Anpassung der Real-löhne an die seit der letzten Lohnregulierung eingetretene Teuerung bezweckte). Sie wurde unter bestimmten Bedingungen bewilligt, worauf wir noch zu sprechen kommen werden. Ueber den Verlauf des großen Streiks wurde in der Tagespresse berichtet. Worauf es uns ankommt, ist die Unterjochung der Bede y l u n g dieses Riesenstreiks und seine zu erwartenden Folgen. War der Streik eine einfache Lohnbewegung? Wir lesen doch abermals von der großartigen Propaganda des englischen Gewerkschaftsbundes für die Sozialisierung (in England sagt man „Nationalisierung“) der Bergbetriebe. Während des Streiks ist jedoch von dieser Forderung kaum die Rede gewesen. Wir wollen daher den Tatbestand in Kürze darlegen und können dabei nicht umhin, auf die jüngste Vergangenheit der Bewegung zurückzugreifen.

Nach dem Kriege wurde die Verole für die Sozialisierung der Bergwerke ausgegeben. Eine königliche Kommission wurde eingesetzt, welche sich in ihrem Bericht (dem sog. Sanken-Bericht, Juni 1919) für die Sozialisierung ausgesprochen hatte. Lloyd George erklärte sich aber öffentlich gegen die Sozialisierung; es schien sogar, daß er die Mächte habe, auf die während des Krieges erworbenen Kontrollrechte des Staates bei der Preisfestsetzung im Inland und für die Exportkohle zugunsten der Privatbesitzer zu verzichten. Der Gewerkschaftsalltag empfiehlt dagegen eine auf demokratischer Grundlage beruhende Propaganda zur Gewinnung der Bevölkerung für die Idee der Sozialisierung, die auch kräftig eingesetzt hatte, einzuwirken mit geringem Erfolg. Die Bergarbeiterregulierung dagegen — griff auf die große Macht der Organisation, von ihrer bedeutenden Machtposition aus — hat einen Feldzug für Lohnerhöhung eröffnet, die bekannte Forderung von zwei Schilling pro Schicht. Die Bergwerksbesitzer haben einen gesetzlich garantierten Gewinn; die Kohle kostet im Inland die Produktionskosten und diesen garantierten Gewinn; die bei der Exportkohle erzielte Preisdifferenz dient in letzter Zeit zur Tilgung der schwedischen Staatsanleihen, ein Zehntel wurde jedoch den Besitzern abgegeben. Es war da Spielraum genug, der Forderung der Arbeiter ohne bedeutende Preiserschöpfung beizukommen. Indem Lloyd George diese Forderung verweigerte, verstellte er sich auf eine Machfrage, um weiteren Forderungen und Streiks von vornherein die Spitze zu bieten. Dabei stützte er sich auf ein verjüngliches Argument. Die Produktion ging nämlich zurück, mehr als es durch den Streikbündentag gerechtfertigt werden konnte. Die Arbeiter lehrten die Verantwortung für diesen Produktionsrückgang mit der Begründung ab, er sei durch die Fahrlässigkeit der Besitzer verursacht, welche — vermutlich um die Steuer auf Uebergewinne zu erparieren — es versäumt hatten, die zur Produktion notwendigen Einrichtungen auszureichend zu erhalten. Da aber Lloyd George bei seiner Ablehnung verharrte, wurde der Streik schon im August mit einer über 70-Prozent-Majorität beschlossen. Seit dieser Zeit wurden erfolglose Besprechungen gepflogen, worauf dann der große Streik tatsächlich ausgebrochen ist.

Da wir hier dem Verlaufe des Streiks nicht folgen können, seien nur dessen Ergebnisse kurz geschildert. Wie wir schon erwähnten, ist die Lohnerhöhung von 2 Schilling bedingt bewilligt worden. Die Bergarbeiter erhalten bis 3. Januar 1920 diesen Betrag, nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Revision des Zuschaltes nach den inzwischen geförderten Kohlenmengen; er wird nach deren Ergebnis erhöht oder herabgemindert. (Im Monat September war die Förderung auf ein Jahr gerechnet 238 Millionen Tonnen, der ein Zuschaltes von einem Schilling entspricht, welcher bei einer Steigerung der Produktion von je 4 Millionen Tonnen, auf das Jahr gerechnet, wöchentlich mit einem halben Schilling erhöht, bei Minderproduktion im selben Verhältnis entsprechend herabgemindert wird.)

Im Februar und März werden neue Revisionen auf dieser Grundlage stattfinden; die neue Regelung der Löhne soll erst Ende März erfolgen, wobei als Grundsatz nur sozial ausgelegt wird, daß dabei unter anderem der Profit der Industrie und die für den Mehrprofit gültigen Grundsätze zu berücksichtigen seien.

Für die Erhöhung der Produktion wurde Bezirkskommissionen und eine Landeskommission eingesetzt; beide gebildet aus den Vertretern der Arbeiter und der Besitzer. Für die Lohnfragen wurde eine neue Organisation, ein Lohnamt (Board of Wages) errichtet, welches auf dieselbe Grundlage wie die erwähnten Kommissionen aufgebaut ist; der Staat ist überhaupt nicht vertreten.

Die Führer der Streikbewegung sind auf den hier geschilderten Kompromiß eingegangen; bei der darauf erfolgten Abstimmung wurde er jedoch mit einer geringen Majorität abgelehnt. Trotzdem ist die Arbeit in den meisten Bergwerken wieder aufgenommen.